

## **Auf dem Weg in eine neue Verantwortungsgesellschaft**

*Eine polarisierte Zeit, in der Unzufriedenheit im Vordergrund steht und hedonistische Lebensentwürfe dominieren, braucht ein klares Bekenntnis zu einer Verantwortungsgesellschaft, eine Gesellschaft mit der Bereitschaft, mehr zu tun als sie müsste, in der das Miteinander im Vordergrund steht und bürgergesellschaftliches Engagement zählt. Dazu braucht es den Mut der Volkspartei, eine aktive Sozialpolitik, die auf den Grundwerten Leistung, Eigenverantwortung und Solidarität fußt, zu betreiben. Eine starke Kraft der Mitte verlangt in ihrem politischen Themenfeld neben klassischen Kompetenzdomänen wie der Standortpolitik nach einer starken sozialpolitischen Akzentuierung. Diese Schwerpunktsetzung lässt sich einerseits durch unsere bürgerlichen Werte, die unser Gesellschafts- und Menschenbild definieren, herleiten. Andererseits verlangt sie nach einem lösungsorientierten Pragmatismus, der bürgerliche Politik seit jeher von den extremen Polen zur Linken und Rechten abgrenzt. Der demographische Wandel und der gesellschaftliche Zusammenhalt werden schließlich zur Schicksalsfrage unserer Zeit.*

*Verfasst unter Mitwirkung von Mario Hofer*

## **I. Plädoyer für eine aktive, bürgerliche Sozialpolitik auf Basis von Leistung und Verantwortung**

Die Polarisierung und Partikularisierung unserer Gesellschaft entlang unterschiedlicher politischer Themenfelder hat durch die Krisen der letzten Jahre einen massiven Katalysator erhalten. Zäsuren wie die Corona-Krise und der Ukraine-Krieg mit seinen massiven energiepolitischen Verwerfungen hatten nicht nur Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sie zwangen die Politik auch, unter dem Druck der Ereignisse kurzfristig eine reaktive, kostenintensive Politik zu betreiben. Nach dieser politischen Tour de Force muss die Politik jetzt zu einer wertegetriebenen und langfristig ausgerichteten Sozial- und Gesellschaftspolitik zurückkehren, die auf den Grundwerten Leistung, Verantwortung und Solidarität beruht.

Die Entscheidung der Oberösterreichischen Volkspartei, nach der Landtagswahl 2021 das Sozial- und Integrationsressort zu übernehmen und die Gestaltung von Sozialpolitik aktiv anzugehen, war eine ganz bewusste Richtungsentscheidung: Ich bin überzeugt, dass die Sozialpolitik jenes Themenfeld ist, in dem eine bürgerliche Kraft ihre Werteüberzeugungen und gesellschaftlichen Vorstellungen nicht nur klar zum Ausdruck bringen kann, sondern auch aktiv in politische Maßnahmen übersetzen kann. Kaum ein anderes Politikfeld lässt sich derart entlang von Grundsätzen und Werten bearbeiten und aus einem starken Wertefundament heraus begründen: Leistung, Verantwortung und Solidarität müssen dabei im Sinne einer gut durchdachten Verantwortungsethik die politischen Leitlinien sein.

Nicht zuletzt ist die Sozialpolitik ein politisches Feld, das einer bürgerlichen Kraft die Möglichkeit gibt, sich weit über ihre klassischen Wählermilieus hinaus zu positionieren und neue Zielgruppen anzusprechen.

### **1. Solidarität ist nicht nur eine Aufgabe des Staates**

Während manche Politikfelder fern von Ideologien gestaltet werden können, macht es in der Sozialpolitik einen starken Unterschied, welchen Wertezugang der jeweilige Verantwortungsträger im Ressort teilt. Die Volkspartei bekennt sich seit jeher zu den Kernprinzipien Leistung, (Eigen-) Verantwortung und Solidarität. Während speziell die Prinzipien der Leistung und Verantwortung eine klare Konstante in angestammten Themenfeldern wie der Wirtschaftspolitik sind, so verlangen diese ideologischen

Wurzeln von uns, auch einen gesellschafts- und sozialpolitischen Auftrag wahrzunehmen.

Grundlage für eine starke Sozialpolitik ist immer eine starke Standortpolitik. Aktive Standortpolitik, die die Rahmenbedingungen für gesellschaftlichen Wohlstand sowie einen konkreten Lebensstandard schafft, bildet – im Sinne des gesellschaftlichen Solidaritätsprinzips – erst die Grundlage für die Verteilung staatlicher Ressourcen an jene, die unserer Unterstützung bedürfen.

Schließlich gründet gesellschaftliche Solidarität immer auf individuellem Engagement. Der Wert der Solidarität ist kein staatlich verbrieft, sondern fußt immer auf dem Beitrag des Einzelnen – der christliche Grundsatz der Nächstenliebe, der im Übrigen in allen monotheistischen Weltreligionen auf ähnliche Weise verankert ist, ist davon eine wichtige Ableitung. Das heißt umgekehrt: Solidarität kann nie bloß eine Aufgabe des Staates sein, sondern liegt immer auch in zwischenmenschlichen Beziehungen begründet.

## **2. Bürgerliche Sozialpolitik heißt Hilfe zur Selbsthilfe – mit dem Anspruch, niemanden seinem Schicksal zu überlassen**

Bürgerliche Sozialpolitik muss sicherstellen, dass sich bei der Bevölkerung nicht der Eindruck verfestigt, dass jegliches private Risiko durch staatliche Unterstützungsmaßnahmen abgedeckt werden kann. Menschen in unverschuldeten Notsituationen können sich bei uns zu Recht darauf verlassen, dass sie eine Unterstützung bekommen. Das heißt aus Sicht einer bürgerlichen Sozialpolitik aber auch immer, dass wir Menschen nicht in Abhängigkeiten treiben: Mit einer Überzahl an Förder- und Hilfsmaßnahmen mag man kurzfristig helfen – diese Maßnahmen sorgen aber nicht dafür, dass jemand nachhaltig wieder auf eigenen Beinen stehen kann.

Diese Hilfe zur Selbsthilfe ist ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zu anderen Ideologien. Wenn – wie aus der christlichen Soziallehre folgt – immer der Mensch im Mittelpunkt steht, müssen wir unseren Mitmenschen auch Instrumente geben, sich aus Notsituationen zu befreien. Bürgerliche Sozialpolitik macht nicht abhängig von sozialen Sicherungssystemen und bevormundet, sondern sie ermächtigt und ermöglicht die individuelle Teilhabe.

Gleichzeitig bekennen wir uns zur Unterstützung jener, die – aus welchen Gründen auch immer – keine Leistung erbringen können. Wir haben immer eine Verantwortung für Menschen, die von Krankheit, Behinderung oder anderen Schicksalsschlägen betroffen sind. Diese Verantwortung steht unabhängig von der politischen Großwetterlage außer Streit.

### **3. Neue Zeiten verlangen eine Neuordnung von Rechten und Pflichten**

Individualrechte sind legitimerweise zentrale Eckpfeiler unserer liberalen Rechts- und Gesellschaftsordnung. Das reicht von fundamentalen Grundrechten bis hin zu einzelnen Rechtsansprüchen für Arbeit- oder Dienstnehmer. Es ist allerdings unsere Aufgabe darauf hinzuweisen, dass Rechte und Pflichten in einer Demokratie kommunizierende Gefäße sind. Und während das Recht in einzelnen Bereichen als beinahe sakrosankt erklärt wurde, so ist die gegenteilige Pflicht immer mehr in den Hintergrund gerückt.

Diese wahrgenommene Schiefelage haben wir in unserer aktuellen Resortverantwortung in wichtigen Bereichen wieder korrigiert: Wir haben Leistungen wie die Sozialhilfe bewusst an die Bereitschaft, eine Arbeit aufzunehmen, gekoppelt und das Erlernen der deutschen Sprache zur Voraussetzung für den Bezug von Sozialhilfe gemacht. Dieses Austarieren von Rechten und Pflichten wollen wir im Bereich der Einwanderung umsetzen: Asylwerber, die bei uns versorgt und untergebracht werden, sollen der Aufnahmegesellschaft etwas zurückgeben – beispielsweise in Form verpflichtender Hilfstätigkeiten in den Kommunen. Es sollte die Grundstruktur einer bürgerlich geprägten Sozialpolitik sein, diese politische Doppelhelix aus Rechten und Pflichten auch in der politischen Alltagsarbeit zu implementieren.

### **4. Aktive Bürgergesellschaft und ehrenamtliches Engagement als Antwort auf gesellschaftliche Erosion**

Viele Herausforderungen unserer Zeit sind das ein Produkt eines schleichenden gesellschaftlichen Prozesses, in dem die gesellschaftliche Verantwortung schrittweise zurückgetreten ist und einer Priorisierung von Einzelinteressen sowie hedonistischen Lebensentwürfen gewichen ist.

Auch hier hat bürgerliche Sozialpolitik eine klare Antwort: Sie hält individuelle Lebensentwürfe und Entscheidungen hoch, ohne dabei die ge-

sellschaftliche Verantwortung des Einzelnen zu negieren. Gesellschaftlicher Zusammenhalt kann nie auf Partikularinteressen fußen, sondern immer auf dem Willen des Einzelnen, seinen aktiven Beitrag in Form ehrenamtlicher und auch freiwilliger Tätigkeiten zu leisten. Bürgerliche Sozialpolitik hat somit die Verantwortung, Menschen dazu zu bringen, zu einer aktiven Bürgergesellschaft beizutragen.

Dieser klar formulierte Verantwortungs- und Solidaritätsbegriff ist die DNA einer bürgerlichen Sozialpolitik. Ich bin überzeugt, dass wir die großen Fragen unserer Zeit nicht durch politische Schnellschüsse, getrieben vom politischen Alltag, lösen werden. Es braucht dafür einen klaren wer-tebasierten Kompass. Das betrifft die Frage von staatlichen Hilfen versus Eigenverantwortung des Einzelnen ebenso wie die Frage des demographischen Wandels und der damit verbundenen Debatte rund um Arbeit und Arbeitszeit sowie zuletzt die Frage der Migration und Integration. Verkompliziert wird die Diskussion durch einen nicht mehr vorhandenen sachlichen Diskurs, der vor allem einer in den letzten Jahren zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung zum Opfer gefallen ist. Als Brandbeschleuniger dieser Polarisierung fungieren von Algorithmen getriebene Soziale Medien und eine fehlende kritische und faktenbasierte Auseinandersetzung.

## **II. Der Demographische Wandel als die Schicksalsfrage unserer Gesellschaft**

Europa altert, und gleichzeitig kommen immer weniger junge Menschen in den Arbeitsmarkt nach. Während einzelne afrikanische und ostasiatische Länder einen starken Zuwachs bei der jungen Bevölkerung erleben, stellt die Pensionierung der „Babyboomer“-Generation und eine anhaltend niedrige Geburtenrate Europa vor eine gewaltige demographische Herausforderung. Bis zum Jahr 2050 werden auf einen Pensionisten nur mehr 1,3 voll Erwerbstätige kommen, im Jahr 1970 waren es noch zwei voll Erwerbstätige. Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter wird bis 2035 auf 56 % sinken (2020: 62 %).

Die alternde Gesellschaft auf der einen Seite und die sinkende Zahl jener, die in unsere Systeme einzahlen bzw. bereit sind einzuzahlen, zwingen uns zum Handeln. Es ist dies eine der Schicksalsfragen unserer Gesell-

schaft. Das betrifft zum einen die Sicherstellung der Pflege und Betreuung der älteren Generation mit all ihren Facetten, von der Attraktivität und Wertschätzung des Pflegeberufes bis zur Grundsatzfrage der Betreuungsarchitektur. Zum anderen geht es um die Renaissance des Leistungsgedankens. Wenn die Zahl jener, auf deren Schultern die Finanzierung unseres Sozialstaats lastet, immer geringer wird, können wir es uns nicht leisten Arbeitspotenzial durch beispielsweise leistungsfeindliche Steuersysteme liegen zu lassen. Ebenso müssen wir qualifizierte Zuwanderung fördern. Es steht nicht weniger als unser Wohlstand auf dem Spiel.

### **1. Unsere soziale Verantwortung für jene, die unser Land stark gemacht haben**

Die Bevölkerung wird älter: Ab 2040 wird hierzulande der Anteil der Über-65-Jährigen um 45,5 % steigen und dann bei 26,1 % liegen (Statistik Austria, 2023), während der Anteil der Unter-19-Jährigen im Schnitt konstant bleiben wird. Alleine in Oberösterreich rechnen wir damit, dass sich die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2040 um 45 % auf mehr als 107.000 erhöhen wird. Das bedeutet nicht nur, dass wir die Versorgung der älteren Bevölkerung im Rahmen des Gesundheits- und Pflegewesens sicherstellen müssen. Es bedeutet auch, dass wir unsere Gesellschaft, ihre Umgebung und Infrastruktur an eine Bevölkerung anpassen müssen, die in der Tendenz eher alt als jung ist. Und es geht darum, dass wir Pflege als modernes und attraktives Berufsbild etablieren und Chancen unserer Zeit, wie eine fortschreitende Digitalisierung, besser nutzen.

#### *Pflegeberufe so attraktiv wie App-Programmierer und so angesehen wie Ärzte*

In Oberösterreich gehen wir diese Aufgabe mit 50 ganz konkreten Maßnahmen, der „Fachkräftestrategie Pflege“, strukturell an. Kernelement der Strategie ist es, genug Menschen für eine Arbeit im Pflegeberuf zu gewinnen, das bedeutet eine Attraktivierung der unterschiedlichen Berufsbilder und der Ausbildung. Das Bild der Altenpflegerin muss das gleiche attraktive Image haben wie das einer App-Entwicklerin. Die Wertschätzung gegenüber diesem Beruf muss gleichbedeutend wie jene für den Beruf des Arztes sein. Das umfasst auch, dass wir Mitarbeitern in der Pflege im Sinne des Subsidiaritätsprinzips mehr zutrauen müssen: Wir müssen Kompetenzer-

weiterungen in jenen Bereichen ermöglichen, wo die Pflegekräfte Entscheidungen selbst treffen können. Neben den Initiativen der Länder hat auch die Bundesregierung auf Druck der Länder zwei Reformpakete vorgelegt, die wesentliche Verbesserungen gebracht haben. Nichtsdestotrotz vermischen wir in Oberösterreich im zuständigen Ministerium das notwendige Bewusstsein für die Dringlichkeit der Situation. Angekündigte weitere Schritte lassen immer noch auf sich warten.

### *Sozial und Digital – Vom Digital-Follower zum Digital-Influencer im Sozialbereich*

In zahlreichen Lebensbereichen ist die Digitalisierung nicht mehr wegzudenken und sorgt für Erleichterung. Im Sinne eines modernen Innovationsanspruchs auf der einen Seite und unserer sozialen Verantwortung andererseits müssen wir digitalen Fortschritt zulassen. Aus mir nicht nachvollziehbaren Gründen existiert hierzulande im Sozialbereich eine imaginäre Trennwand zwischen diesen beiden Welten. Das beides möglich ist – also Digital und Sozial – zeigen zahlreiche Beispiele in anderen Ländern.

In der Pflege bedeutet das beispielsweise, dass wir Technologie dort einsetzen, wo sie unsere Mitarbeiter in der Pflege im beruflichen Alltag entlastet. Digitale Assistenzsysteme können eine Möglichkeit sein, den Verbleib in den eigenen vier Wänden zu verlängern. Entwicklungen im Bereich „Smart home Living“ haben ein großes Potenzial, die Pflege zu Hause zu verbessern und in der Breite zu ermöglichen.

Der Innovationsstandort Oberösterreich richtet sein Augenmerk vor allem auf den Weg der sozialen Innovation, gepaart mit digitalem Know-how: Gemeinsam mit der größten Bildungs- und Forschungseinrichtung, der Johannes Kepler Universität, hat das Sozialressort einen Pflege-Technologiefonds angelegt. Gefördert werden Projekte, die eine Entlastung in der Pflege durch digitale Systeme sicherstellen. Wir wollen bewusst die Chancen von Virtual und Augmented Reality, Kognitiver Unterstützung, Künstlicher Intelligenz und Digitaler Datenverarbeitung sowie „Smart home Living“ und Robotik nutzen. Diese Verbindung des Sozialressorts mit anderen leistungsstarken Institutionen unseres Bundeslandes ist eine wesentliche Neuerung bürgerlicher Sozialpolitik in Oberösterreich.

*Verändernde Gesellschaftsstrukturen verlangen eine neue Betreuungsarchitektur*

Sprechen wir über die Absicherung der Pflege und Betreuung unserer Eltern- und Großelterngeneration, so sprechen wir auch über verändernde Gesellschafts- und vor allem erodierende Familienstrukturen. Während im vergangenen Jahrhundert verstärkt Betreuungspflichten innerhalb der Familie übernommen wurden, nimmt dieser Beitrag aus unterschiedlichen Gründen vermehrt ab. Gepaart mit dem Bewusstsein, dass der Pflegebedarf stark steigen wird, müssen wir bestehende Systemgrenzen verlassen und neue Formen der Betreuung sicherstellen und ermöglichen.

Die wesentliche Chance für die Verantwortungsträger liegt darin, dass wir diese Entwicklungen jetzt sehen und jetzt die Möglichkeit haben einen grundlegenden Diskurs über die Betreuungsarchitektur der Zukunft zu führen. Mit der bisherigen starren Logik von mobiler, teilstationärer und stationärer Pflege und Betreuung werden wir diese Herausforderung nicht meistern können. Eine verantwortungsvolle Politik heißt, schon jetzt die notwendigen Schritte zu setzen und vorrausschauend zu agieren. Den oft gegenüber der Politik erhobenen Vorwurf „Das hätte man wissen müssen“ könnten die Verantwortungsträger in diesem Fall vermeiden. Die Uhr tickt.

**2. Arbeitskräftemangel als größte Gefahr für unseren Wohlstand**

Obwohl sich die Lage am Arbeitsmarkt wieder eingependelt hat und die Arbeitslosigkeit zuletzt leicht steigt, herrscht in vielen Branchen nach wie vor ein eklatanter Mangel an Arbeits- und Fachkräften. Die Pensionierungswelle der „Babyboomer“ und eine geringere Anzahl von jungen Menschen, die auf den Arbeitsmarkt kommen und ihre volle Leistung einbringen, hinterlassen auf dem Arbeitsmarkt eine Lücke. Zentrale Weichenstellungen sind unumgänglich, um das Arbeitskräftepotenzial in Österreich zu heben und damit unseren Wohlstand als Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts, zu erhalten. Verteilen kann die öffentliche Hand nur, was auch erwirtschaftet wird. Dafür ist es notwendig, das Arbeitskräftepotenzial im Inland durch die Attraktivierung von Mehrarbeit zu heben und jeder linksideologischen, marxistischen Träumerei von einer Reduktion der Regelarbeitszeit eine klare Absage zu erteilen. Gleichzeitig dürfen wir keine Scheu davor haben, ein aktives Management von qualifizierter Zuwanderung zu etablieren.



*Leistung muss zur Regel und nicht zur Ausnahme werden*

Der Mehrwert von Arbeit und die Vorzüge von Mehrarbeit sind zentrale Fragen, die die nächste Bundesregierung prioritär zu behandeln hat. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik, eng gekoppelt mit einer Renaissance des Leistungsbegriffes. Die aktuellen Rahmenbedingungen, u. a. Beschränkung von Überstunden oder Regulierung der Weiterarbeit in der Pension bestrafen die Bereitschaft, mehr zu tun und stammen aus einer Zeit, in der es darum ging, möglichst vielen Menschen Arbeit zu ermöglichen und den Arbeitsmarkt vor zu viel Arbeitskraft zu schützen. Wohingegen es heute darum geht, möglichst viel Arbeitskräftepotenzial zu heben.

Dies kann nur gelingen, wenn wir Überstunden zulassen und Mehrarbeit attraktiveren. Ziel muss sein, dass wer keine Einschränkungen oder Verpflichtungen, zum Beispiel in Form von Kinder- oder Angehörigenbetreuung hat, wieder Vollzeit arbeitet. Die aktuelle Ausgestaltung unseres Steuersystems schafft allerdings nicht genug Anreize für Vollzeitarbeit. Stockt eine 20-Stunden-Kraft ihre Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden auf, verdient sie zwar brutto um die Hälfte mehr, netto bleiben aber nur 32 Prozent übrig. Ebenso bei einer Aufstockung von 20 auf 40 Stunden, hier bleiben netto 66 Prozent mehr (Agenda Austria, 16.01.2023). Von der übermäßigen Besteuerung von Überstunden ganz zu schweigen.

Es ist also höchst an der Zeit unser Steuersystem so umzustellen, dass Mehrarbeit auch mehr wert ist. Gerade die 38., 39. und 40. Stunde müssen in Relation besser entlohnt werden, damit sich Arbeit auch auszahlt. Die Attraktivierung von Arbeit heißt in diesem Zusammenhang auch, Überstunden vermehrt steuerfrei zu stellen. Wie wir die Frauenbeschäftigung heben, ist dabei ebenso eine zentrale Herausforderung, wie dringend notwendige Anreize, um das Pensionsantrittsalter nicht vorzuziehen, sondern nach hinten zu schieben.

Neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen muss Leistung wieder gesellschaftlich en vogue sein. Der Leistungsbegriff braucht wieder eine positive Konnotation. Wer Leistung bringt, ist nicht der Dumme, sondern Vorbild für unsere Gesellschaft, denn Wohlstand ist nicht Teil eines Susi-Sorglos-Paketes, sondern muss aus eigener Kraft erarbeitet werden. Mehrarbeit soll belohnt, nicht bestraft werden, dies gilt es rasch zu korrigieren.

*Im Teilzeitmodus lässt sich unser Wohlstand nicht erhalten*

Im krassen Kontrast zur dringend notwendigen Hebung des im Land vorhandenen Arbeitskräftepotenzials steht die immer wiederkehrende Diskussion um eine Reduktion der Arbeitszeit auf 32 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Ins Treffen geführt wird dabei häufig das Argument, es habe auch in den 1970er-Jahren Arbeitszeitverkürzungen ohne Wohlstandsverlust gegeben. Das lässt allerdings außer Acht, dass die Rahmenbedingungen heute völlig andere sind. Wie bereits skizziert, ist allein die Quantität an vorhandenen Arbeitskräften eine völlig andere als vor 50 Jahren.

Hinzu kommt der Faktor, dass wir in einer Dienstleistungsgesellschaft leben. Der Anspruch, dass möglichst viele Menschen Vollzeit arbeiten, ist auch eine Frage des Erhalts unserer Daseinsvorsorge. Menschen haben zu Recht den Anspruch auf ein Sozial- und Gesundheitssystem, das rund um die Uhr auf einem hohen Niveau funktioniert – das zeichnet uns auch international aus. Das bedingt aber auch, dass Menschen dafür arbeiten – viele davon mehr, als sie eigentlich müssten. Die demographische Frage wird damit zur Schicksalsfrage für unsere soziale Infrastruktur. Eine Verkürzung der Arbeitszeit in diesem Bereich wäre für jeden Einzelnen im Alltag rasch spürbar.

Die Auswirkungen würden beispielsweise auch in der Gastronomie und im Tourismus spürbar. Zunehmend haben wir uns von einer Wohlstandsgesellschaft zu einer Wohlstandserwartungsgesellschaft entwickelt: Bei einseitigem Anspruch auf „Work-Life-Balance“ wird gleichzeitig die jederzeitige Verfügbarkeit von Dienstleistungen erwartet – beides lässt sich aber nicht vereinbaren. Simpel gesprochen: Wer eine Reduktion der Arbeitszeit auf 32 Stunden verlangt, kann nicht erwarten, am Freitagabend noch bewirtet zu werden.

*Qualifizierte Zuwanderung statt Aufenthaltstitel am Roulettetisch*

Deutschland brauche jährlich etwa 1,5 Millionen Zuwanderer, um Abgänge am Arbeitsmarkt kompensieren zu können, rechnet die deutsche Wirtschaftsweise Monika Schnitzer vor. Wir können damit die Dimension für Österreich abschätzen. Damit gibt sie den Tenor der Debatte vor: Unser Arbeitsmarkt wird qualifizierte Zuwanderung in den nächsten Jahren dringend brauchen. Und mit dieser Erkenntnis sind wir keineswegs zu früh

dran: Der Kampf um qualifizierte Arbeitskräfte und um die besten Köpfe hat längst begonnen. Höchst an der Zeit ist es also, unsere Zuwanderungspolitik aktiv zu gestalten und uns jene helfenden Hände konkret auszusuchen, die einen aktiven Beitrag zu unserem Zusammenleben leisten wollen.

Die deutsche Ampelkoalition hat 2023 ein umfassendes Einwanderungsgesetz beschlossen, das – bei berechtigten Kritikpunkten – auch einige sehr konkrete Instrumente zur Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland beinhaltet. Beispielsweise wurde das neue Instrument der „Chancenkarte“ geschaffen, das via Punktesystem ausländische Fachkräfte anlocken soll und eine leichtere Einreise im Zuge einer Art Probezeit ermöglicht. Auch Österreich ist gefordert die „Rot-weiß-Rot-Card“ als zentrales Mittel der qualifizierten Zuwanderung an die verändernden Rahmenbedingungen anzupassen. Anzuerkennen sind zahlreiche Verbesserungen durch die aktuelle Bundesregierung. Die Karte muss schlussendlich aber ein flexibler und unbürokratischer Zuwanderungsschlüssel für qualifizierte und motivierte Arbeitskräfte aus dem Ausland sein. Zu umkämpft ist der internationale Wettbewerb, um sich überbordende Bürokratie und komplizierte Prozesse noch leisten zu können. Bestes Beispiel ist die nach wie vor höchst komplexe Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus dem Ausland. Im Vergleich mit anderen Ländern lassen wir hier Potenzial liegen.

Oberösterreich hat mit der Anwerbung philippinischer Pflegekräfte bereits einige Erfahrungen gemacht und ist mittlerweile bundesweit Vorreiter. Etwa 100 Filipinas unterstützen mittlerweile unsere Pflegelandschaft und leisten einen echten Mehrwert für das heimische Pflegesystem, wenngleich die Hürden im Anerkennungs- und Niederlassungsprozess sehr hoch sind. Ohne den engagierten Einsatz einzelner Akteure, würde das Projekt noch immer in den Kinderschuhen stecken. Umso wichtiger ist eine nationalen Anwerbestrategie Österreichs, um die besten Köpfe für unseren Arbeitsmarkt zu gewinnen, gesteuert durch eine zentrale Bundesagentur.

In diesem Zusammenhang müssen wir auch einen kritischen Diskurs über das Aufgabenprofil des Arbeitsmarktservice führen. Liegt die ausschließliche Aufgabe in der Vermittlung und Beratung von Arbeitslosen oder sollte das Aufgabenspektrum ähnlich der Deutschen Arbeitsmarktagenturen auch in Richtung Drittstaatenrekrutierung und Begleitung weiterentwickelt werden. Unweigerlich stellt sich mir auch die Frage der aktiven

Rolle in der Arbeitskräfterekrutierung von staatlich bzw. teilstaatlich finanzierten Institutionen im Ausland.

Die Zeit ist mehr als reif, Ängste und Vorbehalte beiseitezulegen und ein modernes Einwanderungsrecht und aktive Instrumente zur Gewinnung von ausländischen Arbeitskräften zu schaffen, die die besten helfenden Hände anziehen.

### **III. Gesellschaftlicher Zusammenhalt am Scheideweg zwischen fehlender Integration und abnehmendem Bürgerengagement**

In den letzten Jahren wurde Österreich durch eine vermehrte Zuwanderung immer vielfältiger und unterschiedlicher und unser Zusammenleben damit vermehrt auf die Probe gestellt. Im Jahr 1961 waren lediglich 1,4 % der Gesamtbevölkerung ausländische Staatsangehörige, in den frühen 1990er-Jahren stieg der Anteil auf über 8 % und liegt mittlerweile bei 19 % (1. 1. 2023, Statistik Austria). Dabei verursachen die aufeinanderprallenden Kulturen, Religionen und Traditionen in unserem tagtäglichen Zusammenleben Reibungspunkte, Sorgen und Ängste. Aufgabe unserer Politik ist es, Zuwanderung konsequent zu regeln, die Spielregeln klar zu definieren und den Kurs vorzugeben.

Unser solides Wertefundament gibt uns hierbei ebenso die Richtung vor, wie das Wissen über die Rolle und Verantwortung jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft. Im Sinne unserer bürgerlich sozialen DNA müssen wir diese Rolle wieder verstärkt in Erinnerung rufen. Individuelle Einzelinteressen sind legitim, am Ende steht aber immer das Gemeinwohl über den Partikularinteressen, und bürgergesellschaftliches Engagement ist auf dem Weg zu einer neuen Verantwortungsgesellschaft nicht nur wünschenswert, sondern angebracht.

#### **1. Wir müssen Migration und Integration ordnen – sonst wird die politische Mitte erodieren und unser Zusammenhalt zerbrechen**

Die Zuwanderungsfrage im Allgemeinen sowie die Trennung der qualifizierten Zuwanderung von der illegalen Migration ist – vor allem im kommunikativen Sinne – eine Herausforderung, der ich tagtäglich begegne. Auf dem Papier ist es leicht erzählt. Erstens: ein klares Bekenntnis zum Schutz

jener, die vor Krieg flüchten und mit ihrem Leben bedroht sind. Zweitens: Jene, die bei uns etwas leisten wollen, die sich bei uns einbringen und Teil unserer Wertegesellschaft werden wollen, sind bei uns willkommen und sollen legale Einreisemöglichkeiten nutzen. Eine Vermengung von Asyl mit Arbeit muss streng vermieden werden. Und Drittens: Wer nur auf unsere sozialen Sicherungssysteme schießt und gleichzeitig unsere liberale Demokratie missachtet, darf keinen Weg nach Europa bzw. nach Österreich finden.

In der Realität ist diese Trennung nicht immer leicht zu vermitteln und vor dem Hintergrund bestehender Rechtsrahmen noch viel schwieriger durchzusetzen. Nach einer absoluten Rekordanzahl von Asylanträgen im Jahr 2022 hat sich die Lage im Jahr 2023 wieder entspannt, auch dank beherrzter Initiativen der Bundesregierung auf EU-Ebene wie das konsequent umgesetzte Schengen-Veto und der schließlich mit Erfolg belohnte Einsatz für ein breites Bündnis für eine Reform der Asylpolitik. Die Frage der unregulierten Migration nach Europa und des Umgangs mit illegalen, aber nicht abschiebbaren Einwanderern ist dennoch nach wie vor eine politisch brennende.

Längst ist die Migrationsfrage zur gesellschaftspolitischen Zerreißprobe und einer Daseinsfrage für die politische Mitte geworden. Der CDU-Politiker und ehemalige deutsche Gesundheitsminister Jens Spahn hat unseren Auftrag pointiert formuliert: *Wenn die demokratische Mitte die Frage der irregulären Migration nicht beendet, wird die irreguläre Migration die demokratische Mitte beenden.*

Nur wenn die demokratischen Parteien der Mitte glaubwürdige Lösungen in der Migrationsfrage liefern können, werden sie vor dem Wähler bestehen. Ein Kontrollverlust in dieser Frage ist ein Turbo für extremistische Bewegungen an beiden Rändern und birgt die Gefahr, dass die Migrationsfrage aufgrund der gesellschaftlichen Spaltung auf Dauer unlösbar wird und schließlich über unser gesellschaftliches Zusammenleben entscheidet.

*Der „Austrian Dream“ – Unser Aufstiegs- und Leistungsversprechen durch das Erlernen der deutschen Sprache und Arbeit*

Wir haben im oberösterreichischen Integrationsressort eine klare Leitlinie verankert: Wer zu uns kommt und bei uns leben möchte, der muss das nach zentralen Prinzipien der Aufnahmegesellschaft tun. Das bedeutet: Das Er-

lernen der deutschen Sprache, die Aufnahme einer Arbeit sowie der Respekt gegenüber unseren Werten und angestammten Traditionen. Wer bereit ist, diese Prinzipien anzuerkennen, dem stehen jegliche Chancen offen. Der sprichwörtliche Aufstieg vom Tellerwäscher zum Millionär bekommt in der (ober-)österreichischen Integrationspolitik eine neue Bedeutung. Der „Austrian Dream“ ist unser Aufstiegs- und Leistungsversprechen – ein pragmatischer Zugang, fernab von linken Träumereien und rechter Hetze, die weder unserem Zusammenleben noch den Einwanderern nützt.

Zentraler Schlüssel zu unserer Gesellschaft und Grundlage für ein gelingendes Zusammenleben ist das Erlernen der deutschen Sprache, davon bin ich überzeugt. Dabei verfolgen wir auch einen sehr konsequenten Weg der Verpflichtung und haben als bisher einziges Bundesland eine Deutschpflicht in der Sozialhilfe verankert. Mit Erfolg – seither ist die Anzahl der Bezieher weiter gesunken. Das Einfordern auf der einen Seite bedingt gleichzeitig ein entsprechendes Angebot. Dieser Verantwortung kommen wir verstärkt nach: Seit der Übernahme des Ressorts wurde die Anzahl der Deutschkursplätze in Oberösterreich verdoppelt.

Ein wesentlicher Teil der Integration ist die Qualifizierung für den Arbeitsmarkt. Arbeit schafft Sinn, ermöglicht ein eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Leben. Umso wichtiger ist es, dass wir anerkannte Flüchtlinge, die in Österreich bleiben werden, für den Arbeitsmarkt qualifizieren: Sieben von zehn Syrern im Bereich der Grundversorgung sind Analphabeten und bleiben mit einer 80%-igen Wahrscheinlichkeit bei uns. Wenn dann gleichzeitig der Anteil der nichtösterreichischen Sozialhilfebezieher beispielsweise in Oberösterreich bei 45 % liegt und jeder vierte Sozialhilfebezieher Asylberechtigter ist, zeigt das einen Systemfehler auf: Im Großteil der Fälle führt der Weg aus dem Asylverfahren in die Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfe. Hier müssen wir Konsequenzen ziehen, und das haben wir in Oberösterreich getan: In einem Pilotprojekt qualifizieren wir syrische Asylwerbende bereits in der Grundversorgung für den späteren Eintritt in den Arbeitsmarkt. Das bedeutet für uns aber nicht, den Arbeitsmarkt für Asylwerber zu öffnen, was ein weiterer Pull-Faktor und die Öffnung der Hintertür für illegale (Wirtschafts-)Migration wäre. Diese Öffnung lehne ich klar ab.

*Konsequente Migrationspolitik erfordert Problembewusstsein und Entschlossenheit*

Konsequente Migrationspolitik bedeutet vor allem auch, Fehlentwicklungen im Bereich der Migration und Integration klar anzusprechen und nicht aus falsch verstandener Toleranz schönzureden – inklusive Denunzierung derjenigen, die die Fehlentwicklungen ansprechen. Wohin Schönfärberei und Träumerei führen, zeigen anschaulich Entwicklungen in zahlreichen deutschen Großstädten. Die größte Angst der Bevölkerung dabei ist jene des Kontrollverlusts, das größte Problem christlich-sozialer Parteien jene des Verlusts der Glaubwürdigkeit.

Die Migrationsfrage oszilliert für Parteien der Mitte immer zwischen notwendiger Konsequenz auf der einen und gebotener Solidarität auf der anderen Seite. Eine klar kommunizierbare Position ist im Unterschied zu radikalen Positionen denkbar schwierig. Parteien wie die Volkspartei müssen daher die Beweisführung antreten, dass man Migration ordnen kann, notfalls mit strengen Mitteln und harten Sanktionen.

Ziel eines geeinten Europas und vor allem geeinter europäisch-konservativer Kräfte muss also schlussendlich ein konsequentes Vorgehen gegen die illegale Migration und ein Schutz unseres Zusammenlebens sein. Längst überfällig wurde einem EU-weiten Asylpaket im heurigen Jahr endlich zum Durchbruch verholfen: Es wurden Maßnahmen getroffen, die bislang undenkbar gewesen waren, wie beispielsweise einheitliche Grenzverfahren sowie eine Unterbringung von Asylwerbenden an den EU-Außengrenzen bis zur Entscheidung über den Asylantrag. Auch die Verteilung der Schutzsuchenden soll künftig mittels Solidaritätsmechanismus geregelt werden. Die Einigung auf dieses Regelwerk noch vor den EU-Wahlen im Juni 2024 ist ein wichtiges Signal für eine handlungsfähige Union und der Funken Hoffnung, dass die Notwendigkeit von Reformen zwar erkannt wurde, nicht aber deren Beschluss.

Denn was tun mit jenen illegalen Flüchtlingen, die kein Anrecht auf Asyl haben, aber nicht abgeschoben werden können? Oder was tun mit jenen, die unseren Rechtsstaat und unsere Regeln mit Füßen treten, straffällig werden oder Einsatzkräfte bedrängen und am Ende nur unsere Sozialsysteme belasten? Bis jetzt hat es eine mutlose europäische Politik nicht geschafft, darauf die notwendigen Antworten zu geben. Einzelne Staaten bringen den Mut auf und versuchen beispielsweise durch Flüchtlingszent-

ren in sicheren Drittstaaten eine Antwort zu geben. Ein Versuch, den meiner Meinung nach auch Österreich wagen sollte. Was spricht gegen eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung in einem Quartier in einem sicheren Drittstaat? Eine entsprechende Koppelung von Fördergeldern an die Bereitschaft der Übernahme von Flüchtlingen erscheint mir persönlich als gangbarer Weg und reduziert gleichzeitig die Anziehungskraft, die Österreich offensichtlich ausstrahlt. Ohne eine härtere und schärfere Gangart gegenüber Menschen, die unser Zusammenleben torpedieren, wird es nicht gehen. Was wir aufbringen müssen, ist der Mut, diese Maßnahmen trotz Widerstände auch durchzusetzen.

*Klares Bekenntnis zu liberalen Grundwerten, Nulltoleranz bei Antisemitismus und Terrorverherrlichung*

Der wieder aufflammende Nahost-Konflikt hat uns anschaulich gezeigt, auf welchem schmalen Grat wir in der Integrationspolitik wandern, wie schnell Solidaritätsbekundungen in radikale Bewegungen übergehen. Es stimmt bedenklich, wenn sich nach dem Anschlag der Hamas auf Israel binnen weniger Stunden in den Metropolen Europas Menschenmengen organisieren und vereinzelt der Hamas-Terror verherrlicht wird. Beschleunigt werden derartige Entwicklungen durch eine einseitige und durch Algorithmen getriebene Propaganda auf Sozialen Medien. Speziell TikTok wurde mit Beiträgen für die radikalislamische Hamas regelrecht geflutet. Hassprediger und islamistische „Influencer“ können ungefiltert ihre radikalen Theorien zum Besten geben und erreichen damit ein (immer jüngeres) Millionenpublikum. Der Samen für die Radikalisierung von morgen entsteht längst nicht mehr im Hinterzimmer, sondern auf der Couch vor dem Smartphone – das ist aber ein anderes Thema.

Im Rahmen des demokratischen Grundkonsenses ist es vertretbar, sich für Palästina und eine Zwei-Staaten-Lösung einzusetzen. Es ist legitim, auch diese Seite eines Konfliktes aufzuzeigen. Es ist jedoch inakzeptabel, wenn eine Terrororganisation wie die Hamas verherrlicht wird und Antisemitismus offen aufflammt. Wer zu uns kommt und einen liberal-demokratischen Rechtsstaat in Anspruch nimmt, der muss *mit* uns leben, nicht gegen uns. Wer Terror verherrlicht oder antisemitische Parolen von sich gibt,



hat einen erworbenen Aufenthaltstitel verwirkt und muss außer Landes gebracht werden – das muss auch in unserer Gesetzgebung verankert werden.

Gleichzeitig verdient sich die breite Mehrheit der anständigen, hier lebenden Migranten – alleine 170.000 Muslime in Oberösterreich – eine ehrliche und differenzierte Betrachtung. Die monotheistischen Religionen unserer Welt eint alle das Prinzip der Nächstenliebe. Daher dürfen wir nicht zulassen, dass eine Terrororganisation wie die Hamas eine gesamte Glaubensgemeinschaft in Geiselhaft nimmt und dass Religion dafür missbraucht wird, um Leid und Terror zu verbreiten und unsere Gesellschaft zu spalten. Als christlich-soziale Partei ist es unsere oberste Aufgabe, hier klar zu differenzieren und den Dialog zu suchen, im Sinne unseres Zusammenlebens und aus Verantwortung gegenüber unserer Gesellschaft.

## **2. Bürgergesellschaftliches Engagement als Antwort auf polarisierte Zeiten (ein Epilog)**

Die zunehmende Polarisierung und die Dominanz hedonistischer Lebensentwürfe sind für Parteien der Mitte nicht die idealste Ausgangslage. Sehen wir die große Freifläche zwischen den Rändern aber einmal als bewusste Chance für eine Politik mit Gestaltungsanspruch: Repräsentanten, Vertreter und Politiker, die Lösungen mit Pragmatismus liefern, können inmitten der Polarisierung an Profil gewinnen. Ihre Chance liegt darin, eine Gegenzerählung zu Polarisierung und zum Extremismus zu entwerfen. Unsere Chance liegt darin, Perspektive zu geben inmitten einer Welt, die von Dopamin-getriebenen Klicks und kurzfristigen Schlagzeilen dominiert wird; langfristige Lösungen zu skizzieren, wo an den Rändern einfache Rezepte vorgetragen werden; und nicht zuletzt die Beweisführung anzutreten, dass auch die vermeintlich großen Aufgaben unserer Zeit mit der notwendigen Konsequenz und Beharrlichkeit lösbar sind. Wie lange wurde beispielsweise über die Abschaffung der Kalten Progression gesprochen und wer hat sie schlussendlich umgesetzt. Ein sperrig zu erklärender Erfolg, den sich diese Bundesregierung nun wirklich auf die Fahnen heften kann. Ein Erfolg, der in unserer schnelllebigen und auf kurze Schlagzeilen ausgerichteten Konsumgesellschaft aber nur kurze Beachtung findet, bevor bereits der nächste Skandal die Titelseiten der Gazetten unseres Landes dominiert.

Wenn wir verhindern wollen, dass sich unsere Gesellschaft in dieser Spirale aus Polarisierung und fehlendem inhaltlichen Diskurs weiter nach unten dreht, ist es unsere zentralste Aufgabe als Partei der Mitte, das bürgerschaftliche Engagement wieder in den Vordergrund zu rücken. Eine neue Verantwortungsgesellschaft bedingt, dass jeder Einzelne tatsächliche Verantwortung übernimmt. Nicht nur für sein persönliches Tun, sondern auch dafür, dass unser gesellschaftlicher Zusammenhalt bestehen bleibt. Es bedeutet, dass wir für die Sozialpolitik als Querschnitt unserer gesellschaftlichen Entwicklungen selbst Verantwortung übernehmen müssen. Die großen Fragen unserer Zeit verlangen nach einer Sozial- und Gesellschaftspolitik, die klaren Werten folgt. Sie verlangen nach einer Renaissance von Leistung und Verantwortung als starke Grundpfeiler einer starken Kraft der Mitte. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Wir müssen sie nur nutzen.